APD INFORMATIONEN
DES ADVENTISTISCHEN PRESSEDIENSTES

ZENTRALAUSGABE FÜR DEUTSCHLAND

JUNI 2019
36. JAHRGANG

DEUTSCHLAND

Menschenrechtsorganisation kritisiert unterlassene Hilfe für Kriegsdienstverweigerer in Europa 2
Arbeitskreis „Frieden und Versöhnung" der Evangelischen Allianz konstituiert 3
Adventisten in Nordrhein-Westfalen bestätigen Freikirchenleitung 5
Freikirchenleitung der Adventisten in Niedersachsen und Bremen wiedergewählt 6
Adventisten in Berlin-Mitteldeutschland wählen Freikirchenleitung 7
Adventisten beim Präventionskongress in Berlin 9
Vollversammlung der Deutschen Bibelgesellschaft tagt in Hofgeismar 11
Bund Freikirchlicher Pfingstgemeinden auf Wachstumskurs 12
Der Religionsfreiheit und dem Recht auf Asyl verpflichtet 13
„Leben in Fülle!" 3. Adventistischer Gesundheitskongress 14

INTERNATIONAL

Zweiter Weltgipfel „Religion, Frieden und Sicherheit" 16
USA: Siebenten-Tags-Adventist hingerichtet 17
Christen vereint im Gebet 18
Schweiz: Symposium zu Kinderrechten und Religionsmündigkeit 19
Präsident der Schweizerischen Bibelgesellschaft tritt zurück 21
Asia Bibi in Kanada angekommen 23
Adventisten und Katholiken kritisieren US-Antidiskriminierungsgesetz 24

SOZIALES & ENTWICKLUNG

30 Jahre Familienzentrum „Arche Noah" in Penzberg 26
ADRA: kleine Spenden mit großer Wirkung 27
ADRAshop in Diepholz eröffnet 29

KULTUR

„Glauben und Lehren" 2. STA-Bildungskongress 30
Gestaltungshilfe für den adventistischen Gottesdienst zum Weltflüchtlingstag 31

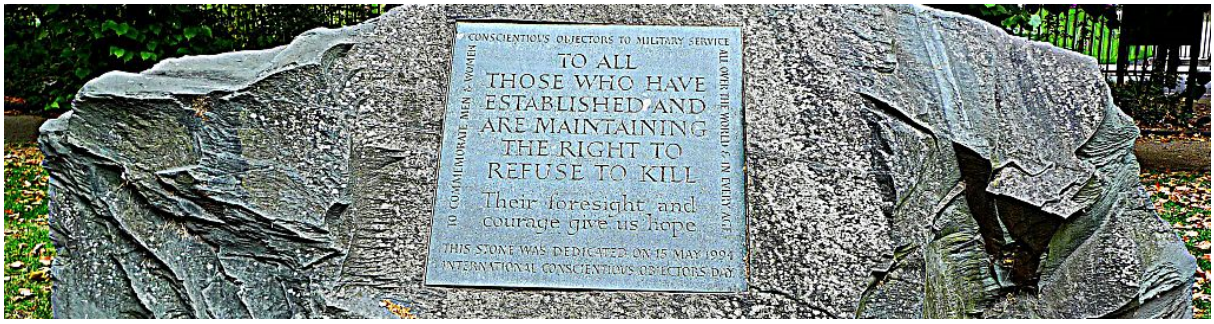
MEDIEN

„Einsatz leben": neue Serie auf Hope Channel TV 33
Erneut über 38 Millionen Bibeln verbreitet 34
KIM-Studie: Jedes dritte Kind nutzt täglich WhatsApp 35
REZENSION: Klaus-Rüdiger Mai, *Geht der Kirche der Glaube aus?* 36

Impressum 38

DEUTSCHLAND

Menschenrechtsorganisation kritisiert unterlassene Hilfe für Kriegsdienstverweigerer in Europa



Gedenkstein für Kriegsdienstverweigerer (Tavistock Square, London)
© Foto: Tim Tregenza/Wikimedia Commons (CC BY-SA 3.0)

Bonn/APD Anlässlich des Internationalen Tags der Kriegsdienstverweigerung am 15. Mai erinnerte das *Europäische Büro für Kriegsdienstverweigerung* (EBCO), dem auch die *Evangelische Arbeitsgemeinschaft für KDV und Frieden* (EAK) angehört, an die vielfältigen Diskriminierungen, denen Kriegsdienstgegner in Europa nach wie vor ausgesetzt seien. Zudem wies EBCO auf das fortbestehende Versäumnis der europäischen Institutionen hin, gegen die Verletzung des Menschenrechts auf Kriegsdienstverweigerung einzuschreiten.

Rückblickend auf das vergangene Jahr beklagte der EBCO-Vorsitzende Friedhelm Schneider, der für die EAK bei EBCO tätig ist: „Das fortgesetzte Versagen der großen europäischen Institutionen, die erneut die Unterstützung diskriminierter und verfolgter Militärdienstverweigerer vermissen ließen, erfüllt menschenrechtspolitisch den Tatbestand der unterlassenen Hilfeleistung."

Aserbaidschan, Türkei und Griechenland
Auf der politischen Tagesordnung des Europarats und der Europäischen Union sei das Thema Kriegsdienstverweigerung auch im Jahr 2018 nicht gestanden. Dieses Versäumnis wäre besonders schwerwiegend im Blick auf Staaten, die Kriegsdienstverweigerer seit Jahrzehnten verfolgen und misshandeln würden. Schneider erinnerte an Aserbaidschan. So habe sich das Land 2001 bei seinem Beitritt zum Europarat verpflichtet, bis Januar 2003 ein europäischen Standards entsprechendes Zivildienstgesetz zu verabschieden. Ein solches Gesetz gebe es immer noch nicht. Bis heute würden Kriegsdienstverweigerer in Aserbaidschan inhaftiert. Für die Türkei stelle sich die Lage ähnlich dar. Das Grundsatzurteil, das der Europäische Menschenrechtsgerichtshof im Januar 2006 zugunsten des Kriegsdienstverweigerers Osman Murat Ülke fällte, sei bis heute nicht umgesetzt worden. Trotz einer gemeinsamen Eingabe von EBCO, War Resisters International und Internationalem Versöhnungsbund habe das zuständige Europarats-Ministerkomitee auch im

vergangenen Jahr keine weiterführende Entscheidung getroffen.

Mit der jahrzehntelangen Diskriminierung griechischer Kriegsdienstverweigerer konfrontiert, behaupte auf EU-Ebene die EU-Grundrechteagentur ihre Unzuständigkeit für den Schutz des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung, obwohl dieses Recht in Artikel 10 Absatz 2 der Europäischen Grundrechtecharta niedergelegt ist. Hier bestehe dringender Klärungsbedarf, so Friedhelm Schneider.

Eine Ausnahme von diesem allgemeinen Trend machte laut dem EBCO-Vorsitzenden das Europäische Jugendforum, das im November 2018 eine umfassende Entschließung zum Recht auf Militärdienstverweigerung in Europa verabschiedete. Darin werden unter anderem die Mitgliedsorganisationen aufgefordert, das Recht auf Kriegsdienstverweigerung als Jugendrecht voranzubringen.

Hoffnungsschimmer Nordzypern
Ein Hoffnungsschimmer sei für Schneider die kürzlich veröffentlichte Novellierung des Militärdienstgesetzes im türkisch besetzten, nördlichen Teil von Zypern. Der Text der Novelle wäre, wenngleich nicht perfekt, so doch bemerkenswert positiv. Als offizielles Dokument markiere er erstmals die Anerkennung der Militärdienstverweigerung aus Gewissensgründen in einem türkisch dominierten Kontext – vorausgesetzt, dass der noch nicht abgeschlossene parlamentarische Prozess zu einem positiven Ergebnis führt. Doch insgesamt bleibe die schwarze Liste der Europarats-Mitgliedstaaten, die Kriegsdienstverweigerer diskriminierten, unverändert. Weitere Informationen: www.ebco-beoc.org

Arbeitskreis „Frieden und Versöhnung" der Evangelischen Allianz konstituiert

Arbeitskreis „Frieden und Versöhnung" der Deutschen Evangelischen Allianz
© Foto: Horst Sebastian/APD

Kassel/APD Die Mitglieder des neu gegründeten Arbeitskreises „Frieden und Versöhnung" der *Deutschen Evangelischen Allianz* (DEA) trafen sich am 6. Mai zur konstituierenden Sitzung in Kassel. Unter Leitung von DEA-Generalsekretär Hartmut Steeb und seines designierten Nachfolgers Dr. Reinhardt Schink wurde Eberhard Jung, Unternehmens- und Organisationsentwicklungsberater in Augsburg, als Vorsitzender des Arbeitskreises gewählt.

Zum Ziel des neu gegründeten Arbeitskreises sagte Eberhard Jung: „Die Weltweite Evangelische Allianz (WEA) hat als Initiative unter der Leitung von Professor Dr. Johannes Reimer ein globales Netzwerk zur Friedens- und Versöhnungsarbeit ins Leben gerufen. Dieses Netzwerk findet nun auch in der Evangelischen Allianz in Deutschland seinen Ansprechpartner, um die gemeindliche und institutionelle Friedens- und Versöhnungsarbeit mit der Initiative der WEA zu verbinden."

Botschafter der Versöhnung

Das internationale Netzwerk ermutige, motivierte und trainiere Christen zur Friedenskonsolidierung und Konfliktlösung in ihren lokalen Gemeinschaften und darüber hinaus. Auch der deutsche Arbeitskreis möchte christliche Ortsgemeinden und Werke in ihrem Bemühen um Frieden vielfältig unterstützen. Angeboten würden Seminare und Schulungen sowie Schulungsmaterial für Mitarbeitende. Frieden und Versöhnung gehörten zum missionarischen Auftrag der christlichen Gemeinde, so Professor Dr. Johannes Reimer, Gründer des internationalen Netzwerkes. Jede Kirche, Gemeinde und jedes Werk solle uneingeschränkten Zugang zu diesem Netzwerk erhalten. Informationen unter: https://frieden.ead.de

Dr. Horst Sebastian, Leiter des Referats für Kriegsdienstverweigerung und Frieden der Freikirche der Siebenten-Tags Adventisten in Deutschland, betonte, dass die zunehmenden globalen Spannungen Christen in einer neuen Art und Weise herausfordern werden „Botschafter der Versöhnung" zu sein, wie der Apostel Paulus in seinem 2. Korintherbrief, Kapitel 5, Vers 20 schreibt.
Für Hartmut Steeb, Generalsekretär der Deutschen Evangelischen Allianz, war es in seiner langjährigen Amtszeit der letzte Arbeitskreis, den er mit ins Leben rief. Die DEA hat derzeit zwölf Facharbeitskreise mit der sie die bundesweiten, regionalen und örtlichen missionarischen und diakonischen Dienste unterstützt.

Mitglieder des Arbeitskreises

Zum neu konstituierten Arbeitskreis gehören neben dem bisherigen und dem künftigen DEA-Generalsekretär Hartmut Steeb und Dr. Reinhardt Schink, der Rechtsanwalt Dr. Ingo Friedrich, der Unternehmens- und Organisationsentwicklungsberater Eberhard Jung, der Vorstandsvorsitzende von „World Relief" Deutschland, Dr. Martin Knispel, der Referent für Friedenspädagogik der Evangelischen Landeskirche in Württemberg und Vorstandsvorsitzende von „Hilfe konkret", Johannes Neudeck, der Direktor der Weltweiten Evangelischen Allianz für den Bereich Frieden und Versöhnung, Professor Dr. Johannes Reimer, der Referatsleiter für Kriegsdienstverweigerung und Frieden der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland, Dr. Horst Sebastian, der Generalsekretär des Verbands Evangelischer Bekenntnisschulen, Professor Dr. Wolfgang Stock, der Direktor von „compassion" Deutschland, Stephan Volke, die Kommunikationsberaterin Christiane Wutschke sowie der Service- und Projektmanager Burkhard Zimmermann.

Evangelische Allianz

In der Weltweiten Evangelischen Allianz arbeiten Allianzen aus 129 Ländern zusammen. Die Evangelische Allianz ist ein Netzwerk von evangelisch-reformatorisch gesinnten Christen aus verschiedenen Kirchen und Gemeinschaften. Sie sind in vielen freien Werken aktiv. Die Deutsche Evangelische Allianz hält zu etwa 350 überregionalen Werken und Verbänden Kontakt. In rund 1.000 Städten in der Bundesrepublik gibt es örtliche Evangelische Allianzen. Weitere Informationen unter: www.ead.de

Adventisten in Nordrhein-Westfalen bestätigen Freikirchenleitung

Vorstand der STA-Kirchenleitung in Nordrhein-Westfalen: Martin Knoll, Stefan Adam, Martin Peters (v.l.)
© Foto: Jens Mohr/APD

Bochum/APD Die alle vier Jahre tagende Synode (Landesversammlung) der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Nordrhein-Westfalen hat am 5. Mai das bisherige Leitungsgremium wiedergewählt. 143 Delegierte vertraten in Bochum 6.172 Mitglieder von 87 Kirchengemeinden und Gruppen der Siebenten-Tags-Adventisten im Bundesland, die von 51 hauptamtlichen Pastoren und Mitarbeitern betreut werden.

Pastor Martin Knoll wurde mit der Zustimmung von 93 Prozent der abgegebenen Wahlkarten beauftragt, auch in den nächsten vier Jahren die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Nordrhein-Westfalen zu leiten. Ebenso Vizepräsident Stefan Adam (90 Prozent) und Finanzvorstand Martin Peters (knapp 99 Prozent der abgegebenen Stimmen). Auch die Abteilungsleiter Alexander Kampmann (missionarischer Gemeindeaufbau) und Paul Horch (Bereich Kinder, Jugend und Pfadfinder) wurden erneut beauftragt.

Finanzierung durch Spenden

Der zur Synode vorgelegte Geschäftsbericht gewährte mit einem umfassenden Zahlenwerk Einblick in die vielfältigen Aktivitäten der nordrhein-westfälischen Kirchenleitung. Die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten erhält keine Kirchensteuer, sondern finanziert sich durch freiwillige Spenden der Mitglieder. Alle Spenden zusammen betrugen im Berichtszeitraum der Jahre 2015 – 2018 insgesamt 33.704.389 Euro. Das entspricht einem pro Kopf Spendenbetrag von 5.474 Euro pro Mitglied.

Die eingegangenen Mittel dienten der Finanzierung von vielfältigen Aufgaben und teilen sich wie folgt auf: Personalaufwand (45,9 Prozent), Verwaltung und Allgemeines (7,6 Prozent), Unterstützung von weltweiter Mission und Institutionen (32 Prozent), Abteilungen und Fonds (10,5 Prozent) sowie Rücklagenstärkung und außerordentlicher Aufwand (4 Prozent).

Pläne für die nächsten Jahre

Neben der Wahl der Verantwortungsträger und Entgegennahme des Geschäftsberichts ging es auch um die nächsten vier Jahre. Mit dem vorgelegten

Plänepapier sollte Kontinuität gewahrt und die bisherige Arbeit fortgeführt werden. Menschen in die Nachfolge Jesu zu rufen sei nicht einfach ein weiteres Programm, sondern die praktische Umsetzung der Aufforderung, Menschen zu Jüngern zu machen. Das Plänepapier, so Abteilungsleiter Pastor Alexander Kampmann, sei deshalb ein werteorientiertes Plänepapier.

Freikirchenleitung der Adventisten in Niedersachsen und Bremen wiedergewählt

Vorstand Niedersachsen-Vereinigung: Jan Kozak, Ralf Schönfeld, Steffen Entrich (v.l.)
© Foto: Jens Mohr/APD

Hannover/APD Pastor Ralf Schönfeld (62) leitet weiterhin die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Bremen und Niedersachsen. Die am 19. Mai in Hannover tagenden 97 Delegierten der Synode (Landesversammlung) beider Bundesländer wählten ihn einstimmig für die nächsten vier Jahre als Präsidenten. Ferner wurde ein Antrag angenommen, die im Jahr 2018 verabschiedeten Regularien der adventistischen Weltkirchenleitung, die untergeordnete Dienststellen zur Regelkonformität disziplinieren wollen, in Niedersachsen und Bremen nicht anzuwenden.

Die anderen Verantwortungsträger der Kirchenleitung wurden ebenfalls wiedergewählt. Mit zum Vorstand gehören Pastor Jan Kozak als Vizepräsident sowie Steffen Entrich als Finanzvorstand. Jan Kozak hatte dieses Amt im August 2018 von seinem Vorgänger, Pastor Detlef Bendig, übernommen, der in den Ruhestand getreten ist. Kozak und Entrich arbeiten in Personalunion auch in gleicher Funktion für die regionale Kirchenleitung in Schleswig-Holstein, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern (Hansa-Vereinigung).

Pastor Dragutin Lipohar leitet die Abteilung für missionarischen Gemeindeaufbau. Pastor Alexander Vilem ist Abteilungsleiter für Kinder, Pfadfinder, Jugend und Studenten. Vilems Bericht nahmen die Delegierten zum Anlass, um ausführlich über die Frage zu sprechen, wie Kirchengemeinden gerade Jugendlichen und Studenten eine geistliche Heimat bieten können, die einen Ortswechsel hinter sich haben. Ferner wurde ein Antrag angenommen, die im Jahr 2018 verabschiedeten Regularien der adventistischen Weltkirchenleitung (Generalkonferenz), die untergeordnete

Dienststellen zur Regelkonformität disziplinieren wollen, in Niedersachsen und Bremen nicht anzuwenden.

Finanzierung durch Spenden
Der zur Synode vorgelegte Konferenzbericht gewährte unter anderem Einblick in das umfassende Zahlenwerk der adventistischen Kirchenleitung in Niedersachsen und Bremen. Die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten erhält keine Kirchensteuer, sondern finanziert sich durch freiwillige Spenden der Mitglieder. Diese hätten sich in dieser Konferenzperiode (2015-2018) erhöht: „Dafür sind wir enorm dankbar, weil es nicht selbstverständlich ist. Auffällig ist, dass auch die Spenden für die Vereinigung gestiegen sind“, so Finanzvorstand Entrich.

Pläne für die nächsten Jahre
Die Delegierten verabschiedeten ein Plänepapier für die nächsten vier Jahre. Diese Zielvorgaben beinhalteten unter anderem die Schärfung der eigenen Identität, die Förderung von generations- und werteorientierter Gemeindearbeit sowie den weiteren Ausbau der personellen und organisatorischen Zusammenarbeit mit der Hansa-Vereinigung.

Adventisten in Niedersachsen und Bremen
In Niedersachsen und Bremen gab es zum Ende der Berichtsperiode (31.12.2018) 3.507 erwachsen getaufte Siebenten-Tags-Adventisten in 57 Kirchengemeinden, die von 41 hauptamtlichen Mitarbeitenden betreut werden. Nach dem Prinzip der repräsentativen Demokratie werden aus diesen Reihen die Delegierten für die Landesversammlung entsendet. Die Freikirchenleitung hat ihren Sitz in Hannover.

Adventisten in Berlin-Mitteldeutschland wählen Freikirchenleitung

Carsten Köhler, Jens Fabich, Michael Götz, Marc Gunnar Dillner, Gunnar Scholz, Martin Hartlapp (v.l.)
© Foto: Jens Mohr/APD

Leipzig/APD Pastor Gunnar Scholz (55) ist weiterhin Präsident der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten, Berlin-Mitteldeutsche Vereinigung (BMV). Die in Leipzig tagenden 221 Delegierten aus den Bundesländern Berlin, Brandenburg, Sachsen,

Sachsen-Anhalt und Thüringen wählten ihn mit 192 zu 23 Stimmen für die nächsten vier Jahre in dieses Amt. Ferner wurde mehrheitlich befürwortet, in den entsprechenden Arbeitsgemeinschaften christlicher Kirchen der genannten Bundesländer Anträge auf Vollmitgliedschaft der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten zu stellen.

Zum neuen stellvertretenden Präsidenten wählten die Delegierten Pastor Jens Fabich mit 171 zu 39 Stimmen. Fabich übt seinen pastoralen Dienst seit 2013 im Seelsorgebezirk Chemnitz aus. Er ist verheiratet und Vater von drei Kindern. Zum Vorstand der BMV gehört weiterhin Pastor Carsten Köhler, der mit 198 zu 11 Stimmen als Finanzvorstand wiedergewählt wurde.

Köhler wies in seinem vorgelegten Finanzbericht darauf hin, dass sich die Zehnteneinnahmen (freiwillige Spenden der Mitglieder, aus denen sich die Freikirche finanziert) in der Konferenzperiode (2015-2018) sehr erfreulich entwickelt haben: eine Steigerung von 400.000 Euro gegenüber dem Beginn. „Dies stimmt überaus dankbar, schafft es doch die finanzielle Grundlage für einen ausgeglichenen Haushalt und eine umfangreiche inhaltliche Arbeit“, so Köhler.

Pastor Marc Gunnar Dillner wurde als Abteilungsleiter für Gemeindeaufbau bestätigt. Ebenso Pastor Michael Götz als Abteilungsleiter für das Advent-Wohlfahrtswerk (Sozialwerk) auf dem Gebiet der BMV. Neu gewählt wurde Pastor Martin Hartlapp als Abteilungsleiter für Jugend, Pfadfinder und Kinder. Hartlapp übt seinen pastoralen Dienst seit 2017 in Leipzig und Muldental aus.

Anträge auf Vollmitgliedschaft in der ACK

Die Delegierten sprachen sich mehrheitlich dafür aus, die bestehende Gastmitgliedschaft der Siebenten-Tags-Adventisten in den entsprechenden regionalen Arbeitsgemeinschaften christlicher Kirchen der Bundesländer Berlin, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen in eine reguläre Mitgliedschaft umzuwandeln. Entsprechende Anträge an die jeweiligen ACKs beziehungsweise an den Ökumenischen Rat Berlin-Brandenburg sollen gestellt werden.

Umgang mit Regelverstößen

Ferner wurde ein Antrag angenommen, das von der Weltkirchenleitung der Siebenten-Tags-Adventisten (Generalkonferenz, GK) am 14.10.2018 beschlossene Verfahren zur „Beachtung und Umsetzung von Beschlüssen der Vollversammlung und des Exekutivausschusses der GK“ nicht als Modell zur Bearbeitung von Regelverstößen auf dem Gebiet der BMV anzuwenden.

Adventisten in Berlin-Mitteldeutschland

In den zum Gebiet der BMV gehörenden Bundesländern Berlin, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen gab es zum Ende der Konferenzperiode (31.12.2018) 6.902 mündig getaufte Siebenten-Tags-Adventisten, die in 146 Kirchengemeinden am Sabbat (Samstag) Gottesdienst feiern.

Adventisten beim Präventionskongress in Berlin

Stand der Freikirche der STA beim Deutschen Präventionstag in Berlin
© Foto: Holger Teubert/APD

Berlin/APD „Prävention & Demokratieförderung", lautete das Schwerpunktthema des 24. Deutschen Präventionstages am 20. und 21. Mai in Berlin. In der kongressbegleitenden Ausstellung von 171 Fachorganisationen war auch wieder die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten mit einem Informationsstand vertreten.

Brich das Schweigen über Gewalt

Die Abteilung „Frauen" der Freikirche informierte in Berlin über das gemeinsam mit der Adventistischen Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA seit 2009 durchgeführte weltweite Projekt „enditnow – Brich das Schweigen über Gewalt". Auch die Theologische Hochschule der Siebenten-Tags-Adventisten in Friedensau bei Magdeburg weiß sich in den Fachbereichen Christliches Sozialwesen und Theologie den Themen Prävention und Intervention bei den unterschiedlichen gesellschaftlichen Erscheinungsformen von Gewalt verpflichtet, so Angelika Pfaller, Leiterin der Abteilung „Frauen" der Freikirche in Deutschland. Jeder Einzelne sei dazu aufgerufen, hinzusehen, alle Arten von Gewalt zu verurteilen, das Schweigen zu brechen, nach Lösungswegen zu suchen und sich für die Beendigung von körperlicher, seelischer und sexueller Gewalt einzusetzen.

Sexueller Gewalt begegnen

Am Stand wurde auch auf die Handreichung der Freikirche für Haupt- und Ehrenamtliche in der Kinder- und Jugendarbeit „Sexueller Gewalt begegnen" hingewiesen. Sie ist in deutscher, englischer und russischer Sprache erhältlich. Das 18-seitige Heft beginnt nach einer Einführung in das Thema samt Begriffserklärung sowie Elementen, Formen und Folgen sexueller Gewalt. Kurz beschrieben wird die Vorgehensweise von Tätern, gefolgt von einem Bericht einer Betroffenen. Sieben mögliche Szenen sexueller Gewalt verdeutlichen die Thematik. Ein weiteres Kapitel befasst sich mit juristischen Aspekten des sexuellen Missbrauchs an Kindern. Anschließend gibt es Hinweise für das Verhalten in adventistischen Gemeinden und Gruppen gegenüber Betroffenen sowie möglichen Tätern und Täterinnen. Die Broschüre schließt mit weiterführenden Hinweisen und Adressen sowie dem

„Verhaltenskodex zur Prävention sexueller Gewalt“ für Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen. Infos unter www.sexueller-gewalt-begegnen.de und www.enditnow.org.

Fachbeirat
2010 hat die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten den Fachbeirat „Sexueller Gewalt begegnen“ gegründet. Dieser bearbeitet und begleitet laut Angelika Pfaller im Auftrag der Freikirchenleitung alle auftretenden Fälle sexuellen Missbrauchs und sexueller Gewalt im Zusammenhang mit Minderjährigen und Schutzbefohlenen innerhalb der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland. Vom Fachbeirat „Sexueller Gewalt begegnen“ und dem Religionspädagogischen Institut der Freikirche sei zudem das Faltblatt „Wenn ich mal nicht weiterweiß“ zur Thematik erstellt worden mit Infos und Tipps für Kinder.

Hilfe für genitalverstümmelte Frauen
Ein Faltblatt, das am Stand auslag, gab einen Einblick in das „Desert Flower Center“ am adventistischen Krankenhaus „Waldfriede“ in Berlin-Zehlendorf. Dort erhalten Frauen mit Genitalverstümmelung (Female Genital Mutilation – FGM) seit 2013 medizinische sowie psychosoziale Hilfe und Betreuung (Infos unter www.dfc-waldfriede.de). Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO) würden täglich 8.000 Mädchen durch die sogenannte rituelle Beschneidung der weiblichen Genitalien verstümmelt. Weltweit gebe es 150 Millionen beschnittene Frauen und Mädchen. FGM werde nicht nur in bestimmten Ländern Afrikas oder Asiens praktiziert. Selbst in Deutschland lebten 50.000 Opfer mit Genitalverstümmelung. In Kenia unterstützt ADRA Deutschland das „Kajiado Rescue Centre“ zum Schutz minderjähriger Mädchen vor Zwangsheirat und Genitalverstümmelung.

Demokratie braucht Prävention
Der Deutsche Präventionstag (DTP) sei der weltweit größte Jahreskongress speziell für das Arbeitsgebiet der Kriminalprävention sowie angrenzender Präventionsbereiche, erläuterte DTP-Geschäftsführer Erich Marks. Der Kongress biete eine internationale Plattform zum interdisziplinären Informations- und Erfahrungsaustausch in der Prävention. So seien auch Teilnehmende aus 46 anderen Ländern nach Berlin gekommen, berichtete Marks in seiner Rede zur Eröffnung des DTP 2019. Zum Schwerpunktthema „Prävention & Demokratieförderung“ des Kongresses hätten neun Expertinnen und Experten von sieben verschiedenen Institutionen fünf wissenschaftliche Stellungnahmen angefertigt. Aufgrund dieser Stellungnahmen sei die „Berliner Erklärung 2019“ verfasst worden:
http://www.praeventionstag.de/dokumentation/download.cms?id=2796&datei=2019_05_14_Berliner_Erklaerung-2796.pdf

In der Erklärung werde deutlich, dass alle politisch Verantwortlichen sich stärker und nachhaltiger als bisher mit dem Verhältnis zwischen demokratischer Gesellschaftsordnung und der Prävention von Extremismus, Gewalt- und anderer Kriminalität beschäftigen müssten. Das sei notwendig, gerade im Hinblick auf aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen wie dem zunehmenden Rechtsextremismus und -populismus, die wiederkehrenden Angriffe und Anschläge gewaltorientierter Islamisten und die Ausschreitungen gewaltbereiter Linksextremisten. Auch teilweise gewaltbereite und bislang nur schwer in existierende politische Lager einzuordnende neue Bewegungen, wie die sogenannten „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“, müssten berücksichtigt werden.

Vollversammlung der Deutschen Bibelgesellschaft tagt in Hofgeismar

39. Vollversammlung der Deutschen Bibelgesellschaft in Hofgeismar
© Foto: Jens Mohr/APD

Hofgeismar (bei Kassel)/APD Die bibelgesellschaftliche Arbeit stand im Zentrum der 39. Vollversammlung der *Deutschen Bibelgesellschaft* (DBG) vom 13. bis 14. Mai in der Evangelischen Tagungsstätte Hofgeismar in Nordhessen. Die Tagung beschäftigte sich unter anderem mit der Einführung der Übersetzung „BasisBibel" als Ausgabe mit Altem und Neuem Testament ab 2021. Außerdem wurde der Trägerverein des „Bibelmobils" als neues Mitglied in die Vollversammlung aufgenommen.

„Der Aufbau und die Stärkung unseres bundesweiten Bibel-Netzwerkes liegt uns allen am Herzen", sagte der Generalsekretär der DBG, Dr. Christoph Rösel. „Gemeinsam mit den Kirchen wollen wir einer gewissen Bibelvergessenheit entgegenwirken." Die internationale Arbeit im Weltverband der Bibelgesellschaften hat die Deutsche Bibelgesellschaft 2018 mit rund 3,31 Millionen Euro unterstützt.

Projekt BasisBibel
Für Anfang 2021 kündigte die Deutschen Bibelgesellschaft das Erscheinen der BasisBibel als komplette Bibel an. Die BasisBibel ist die erste Bibelübersetzung, die das durch Computer und Internet veränderte Medienverhalten berücksichtigt. Charakteristisch für die Übersetzung sind nach Angaben der DBG kurze Sätze, eine eigene Rhythmik und die Nähe zu den ursprünglichen Texten des Alten und Neuen Testaments.

Bibelmobil neues Mitglied
Als neues Mitglied der Vollversammlung wurde der Verein „Bibelmobil e.V." mit Sitz im sächsischen Görlitz einstimmig aufgenommen. Beim „Bibelmobil" handelt es sich um eine Ausstellung rund um die Bibel in einem Bus. Das „Bibelmobil" kommt seit 1992 in Gemeinden, zu Schulen, Großveranstaltungen und Festen. Mehr als 450.000 Besucherinnen und Besucher zählte das „Bibelmobil" bisher.

Zur Vollversammlung in Hofgeismar wurden rund 60 Vertreterinnen und Vertreter der regionalen Bibelgesellschaften sowie von evangelischen Freikirchen, darunter auch die Siebenten-Tags-Adventisten, und christlichen Werken erwartet. Vorsitzende der Vollversammlung und des Aufsichtsrates der Deutschen Bibelgesellschaft ist die Präses der Evangelischen Kirche von Westfalen, Dr. h.c. Annette Kurschus.

Bund Freikirchlicher Pfingstgemeinden auf Wachstumskurs

BFP-Generalsekretär Peter Bregy
© Foto: Bund Freikirchlicher Pfingstgemeinden

Erzhausen (bei Darmstadt)/APD Der Bund Freikirchlicher Pfingstgemeinden (BFP) hat seine zweijährliche Statistik vorgelegt. „Der BFP hat seit der letzten Statistik um 11,7 Prozent in seiner Mitgliederzahl zugelegt", informierte BFP-Generalsekretär Peter Bregy (Erzhausen). Der neueste Bericht weist zum 1.1.2019 in der Statistik 62.872 Mitglieder gegenüber 56.275 am 1.1.2017 aus.

Konsequent neue Gemeinden gegründet
Zu den Gründen für das Wachstum des BFP meinte Bregy: „Wir haben in den letzten sieben Jahren unser Profil als Geistesbewegung geschärft, einen Fokus auf die Unterstützung von Leitern und der Stärkung von Gemeinden gelegt und konsequent neue Gemeinden gegründet." Ein Blick hinter die Zahlen der offiziellen Statistik zeige, dass 42 Prozent der derzeit 836 BFP-Gemeinden wachsen und höhere Zahlen als vor zwei Jahren gemeldet hätten. „Bei den Gemeinden mit Migrationshintergrund hat sich eine gewisse Konstanz in der zahlenmäßigen Entwicklung eingestellt", erläuterte Bregy, während sich die durchschnittliche Gemeindegröße im BFP von 68,6 auf 75,2 Mitglieder erhöht habe. „Wir sind weniger durch Neuaufnahmen von Gemeinden gewachsen", fügte er hinzu. Bei der Zahl der Gemeinden ist in der Statistik ein Wachstum von 16 Gemeinden aufgeführt. Das habe mit Schließungen und Zusammenlegungen von Gemeinden zu tun. „Hier findet immer wieder eine Bereinigung statt, zu der wir auch ehrlich stehen", so der Generalsekretär. Er wies auf eine gewisse Fluktuation bei den internationalen Gemeinden hin.

Über 95.000 Menschen durch Veranstaltungen erreicht
Mit 3.202 Taufen im Kalenderjahr 2018, aufgrund persönlichen Glaubens und durch Untertauchen, verzeichne der BFP gegenüber dem Jahr 2016 einen leichten Rückgang (3.890) – das sei aber immer noch mehr als 2014 (2.559). „Die Taufen im BFP werden in zweijährigem Rhythmus für das vergangene Kalenderjahr abgefragt und bei Nichtmeldung nicht hochgerechnet", fügte Peter Bregy hinzu. Zum zweiten Mal sei im Berichtszeitraum die Anzahl der Personen abgefragt worden, die wöchentlich durch die Aktivitäten der Gemeinde erreicht würden. Hier weise die Tabelle ein Wachstum von 92.721 auf 95.477 aus. Hierzu zählten nicht nur Gottesdienste, sondern auch sonstige Veranstaltungen der Gemeinde, wobei Doppelzählungen nicht gerechnet würden.

Der Bund Freikirchlicher Pfingstgemeinden ist die zweitgrößte Freikirche innerhalb der Vereinigung Evangelischer Freikirchen (VEF) in Deutschland. Weitere Infos unter:
www.bfp.de

Der Religionsfreiheit und dem Recht auf Asyl verpflichtet

Michael Noss als Präsident des Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden bestätigt

Plenum des BEFG-Bundesrats 2019
© Foto: David Vogt/BEFG

Kassel/ APD „Die deutsche Geschichte ist für uns Verpflichtung, denen Schutz durch Asyl zu gewähren, die wegen ihrer religiösen Überzeugungen bedroht werden." Mit diesen Worten hat der Bundesrat des *Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden* (BEFG) in einer am 1. Juni in Kassel verabschiedeten Resolution daran erinnert, dass „Religionsfreiheit und das Recht auf Asyl Grundrechte sind, die zusammengehören".

Die Resolution erinnert „dankbar" daran, dass die Weimarer Reichsverfassung vor 100 Jahren und das Grundgesetz vor 70 Jahren Religionsfreiheit festschrieben. Zudem gebe es seit dem Fall der Mauer vor 30 Jahren „in ganz Deutschland eine umfassende Religionsfreiheit". Gleichzeitig erinnert das Dokument daran, dass „die Nationalsozialisten die demokratischen Grundstrukturen zerstörten und elementare Grundrechte wie das auf Leben und den Schutz von Minderheiten missachteten. Wer – wie die Juden – verfolgt wurde und im Ausland kein Asyl fand, war der brutalen Verfolgung durch die Nationalsozialisten hilflos ausgeliefert."

Religiöse Fachkompetenz bei Entscheidung über Asylanträge gefordert

Die Verpflichtung zum Schutz für religiös Verfolgte ergebe sich aus der deutschen Geschichte. Menschen, denen aufgrund eines Religionswechsels Verfolgung drohe, bräuchten den staatlichen Schutz „in besonderer Weise – ob sie nun bereits in ihrem Herkunftsland konvertiert sind oder erst in Deutschland die Religion gewechselt haben." Bei der Entscheidung über Asylanträge aus religiösen Gründen sei „religiöse Fachkompetenz" unerlässlich. Die Folgen dieser Beschlüsse wären für die Betroffenen weitreichend, ja möglicherweise existentiell. „Es darf nicht passieren, dass das Grundrecht auf Religionsfreiheit ausgehöhlt wird. Doch genau dies geschieht, wo Menschen, denen es wegen drohender Verfolgung aus religiösen Gründen zusteht, das Grundrecht auf Asyl nicht gewährt wird."

Am Schluss würdigt die Resolution das Engagement der Kirchengemeinden für Geflüchtete und ermutigt sie, hierin nicht nachzulassen: „Wir wünschen uns, dass Gemeinden Konvertiten in Fragen des Glaubens und der christlichen Lebensgestaltung eine Stütze sind und ihnen auch in juristischen Fragen beistehen."

Die Resolution findet sich im Internet unter: https://www.baptisten.de/aktuelles-schwerpunkte/nachrichten/artikel/der-religionsfreiheit-und-dem-recht-auf-asyl-verpflichtet/

Altgediente Konzepte und mutige Schritte
Altgediente Konzepte auch einmal über Bord werfen und mutige Schritte gehen, um die Liebe Gottes weiterzugeben, dazu hat Michael Noss nach seiner Wiederwahl als Präsident des Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden (BEFG) ermutigt. Er wurde am 31. Mai in Kassel bei der jährlichen Bundesratstagung der Freikirche mit 91 Prozent der Delegiertenstimmen in dem Amt bestätigt, das er bereits seit vier Jahren bekleidet. Corinna Zeschky wurde durch das Präsidium als Stellvertreterin des Präsidenten bestätigt.

Gerechter Frieden als Lebenshaltung
Gerechter Frieden sollte eine Lebenshaltung von Christinnen und Christen sein. Dafür plädierte der Mennonit und Friedenstheologe Fernando Enns bei seinem Vortrag „Gefährdeter Frieden – tragfähige Perspektiven: Inspiriert leben als Friedensstifter“ am 30. Mai auf der Bundesratstagung in Kassel. Zum Auftakt der Bundesratstagung 2019 hielt Ansgar Hörsting, der Präses des Bundes Freier evangelischer Gemeinden (BFeG), am 29. Mai einen Impuls zum Thema „INSPIRIERT LEBEN in Krisenzeiten“.

BEFG
Die Bundesratstagung findet einmal im Jahr statt. Sie ist als Kirchenparlament das höchste Entscheidungsgremium des Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden, zu dem in Deutschland 801 Baptisten- und Brüdergemeinden mit über 81.000 Mitgliedern gehören. Informationen unter: www.baptisten.de

---

„Leben in Fülle!“ 3. Adventistischer Gesundheitskongress

DVG-Geschäftsführerin Sara Salazar-Winter beim Anschneiden der Jubiläumstorte
© Foto: Jens Mohr/APD

Schwäbisch Gmünd (Ostwürttemberg)/APD Vom 29. Mai bis 2. Juni 2019 führte der *Deutsche Verein für Gesundheitspflege e.V.* (DVG) in Schwäbisch Gmünd den 3. Gesundheitskongress durch. Unter dem Motto „Leben in Fülle! – erfahren und teilen“ beschäftigten sich rund 200 Teilnehmende aus Deutschland, Österreich und der Schweiz in Fachvorträgen sowie Workshops mit ganzheitlicher Gesundheit. Aspekte mentaler, emotionaler, spiritueller und physischer Gesundheit wurden thematisiert

sowie deren Auswirkungen in Alltag, Beruf und Kirche. Im Rahmen des Kongresses feierte der *Deutsche Verein für Gesundheitspflege e.V.* (DVG) das 120jährige Bestehen des adventistischen Gesundheitswerks in Deutschland.

Ein ganzheitliches Menschenbild ist wichtiger als neue Medizintechnik
Bei der Gesundheitsförderung fehle es oft an Ganzheitlichkeit, sagte Dr. med. Ruedi Brodbeck, Alchenflüh/Schweiz. 80 Prozent der Gesundheitskosten in der Schweiz würden durch vermeidbare Krankheiten generiert. Es sei deshalb wichtiger über das Menschenbild nachzudenken, als neue Medizintechnik zu entwickeln, so Brodbeck. Ein ganzheitliches Menschenbild umfasse die wesentlichen Dimensionen des Menschen. Diesem werde im „NEWSTART Plus"-Konzept entsprochen, das nicht nur Symptome von Krankheiten bekämpfe, sondern die Ursachen angehe, und die beeinflussbaren Gesundheitsprinzipien und Glücksfaktoren umfasse, die eine breite Wirkung entwickeln. Wichtig sei auch, ein richtiges, von der Bibel geprägtes Gottesbild zu haben, das sich ebenfalls auf das Menschenbild auswirke.

Für die Gesundheit sind Lebensstil sowie soziale Faktoren wichtiger als Genetik
Die Steuerung in unserem Körper läuft über die Genetik, die „Hardware" und über die Epigenetik, die als „Software" bezeichnet werden kann, erläuterte Dr. Heidi Schulz, Wissenschaftlerin am Institut für Humangenetik an der Universität Regensburg. Gesunde Ernährung, Bewegung und soziale Faktoren, wie Kontakte und Zuwendung, hätten einen großen Einfluss auf die Entstehung oder Verhinderung von Krankheiten. Die geerbten genetischen Informationen seien nicht, wie man das früher gedacht habe, zu 35 Prozent für unsere Lebenserwartung zuständig, sondern laut neusten Forschungen wahrscheinlich zu weniger als 10 Prozent. „Vieles hängt von unseren kleinen, alltäglichen Entscheidungen ab. Die Ergebnisse werden in den meisten Fällen nicht gleich sichtbar sein, aber ein gesunder Lebensstil, nach den NEWSTART Plus-Prinzipien, wird sich ganz bestimmt positiv auswirken", so Schulz.

Ist Gott glücklich?
Stephan Sigg, Präsident der Adventisten in der Schweiz, leitete seine Ausführungen mit der Frage ein: „Ist Gott glücklich?". Als Antwort zitierte er zwei Aussagen des Apostel Paulus im ersten Brief an Timotheus, die in der Schlachterübersetzung vom „glückseligen Gott" und vom „Glückseligen" sprechen. Der Mensch habe die Beziehung zu diesem Gott verloren, damit auch sich selbst und folglich auch das Glück, so Sigg. Der Mensch habe aber eine „Erinnerung" an das Paradies, an Eden, was auf Hebräisch „Vergnügen" heiße. Der Mensch sei in seiner Glücksuche unbewusst auf der Suche nach Gott, so Sigg.

120 Jahre Deutscher Verein für Gesundheitspflege e.V.
Der Deutsche Verein für Gesundheitspflege e.V. (DVG) wurde 1899 als Trägerverein für geplante Institutionen der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland in Friedensau bei Magdeburg gegründet. In den ersten Jahren nach der Gründung entstanden ein Lebensmittelwerk (heute DE-VAU-GE-Gesundkostwerk), eine Seifenfabrik (besteht nicht mehr), die Friedensauer Anstalten (heute Theologische Hochschule Friedensau), das Sanatorium Friedensau (heute Krankenhaus-Waldfriede, Berlin-Zehlendorf) und ein Altenheim (heute Senioren- und Pflegeheim Friedensau). Am Samstagnachmittag, dem 1. Juni, wurde das DVG-Jubiläum mit den Kongressteilnehmenden gefeiert.

Weitere Infos zum Gesundheitskongress:
https://www.dvg-online.de/veranstaltungen/gesundheitskongress/

INTERNATIONAL

Zweiter Weltgipfel „Religion, Frieden und Sicherheit"

Zweiter Weltgipfel „Religion, Frieden und Sicherheit" in Genf
© Foto: Corrado Cozzi/CD-EUDNews

Bern/Schweiz/APD Der zweite Weltgipfel zum Thema „Religion, Frieden und Sicherheit" fand vom 29. April bis 1. Mai im Palais des Nations, dem europäischen Hauptsitz der *Vereinten Nationen*, in Genf/Schweiz statt. Wie die Kommunikationsabteilung der teilkontinentalen Freikirchenleitung der Siebenten-Tags-Adventisten in West- und Südeuropa (CD-EUDNews) mitteilte, ging es um das Thema „Brücken bauen, Inklusivität fördern und Hassreden entgegenwirken, um den Schutz religiöser Minderheiten, von Flüchtlingen und Migranten zu verbessern". Organisiert wurde das Gipfeltreffen von der *Internationalen Vereinigung zur Verteidigung und Förderung der Religionsfreiheit* (AIDLR) und den *Vereinten Nationen*.

Das Gipfeltreffen sollte einflussreiche Akteure wie Diplomaten, Politiker, religiöse Führer, Wissenschaftler und Vertreter der Zivilgesellschaft zusammenbringen. Nach Angaben von CD-EUDNews nahmen rund 600 Personen teil. Der Schutz von religiösen Minderheiten, Flüchtlingen und Migranten wurde anhand von regionalen und globalen Trends, politischen, menschenrechtlichen und humanitären Herausforderungen, den nachhaltigen Entwicklungszielen sowie Partnerschaft und Zusammenarbeit aufgenommen und diskutiert. Außerdem wurde an einem Aktionsplan für eine internationale Plattform für Religion, Frieden und Sicherheit gearbeitet.

Internationale Vereinigung zur Verteidigung und Förderung der Religionsfreiheit
Im Jahr 1946 gründete Jean Nussbaum, ein französischer Arzt Schweizer Herkunft, die Association internationale pour la défense de la liberté religieuse (AIDLR), die im deutschsprachigen Raum unter der Bezeichnung Internationale Vereinigung zur Verteidigung und Förderung der Religionsfreiheit bekannt wurde. Im Jahr 1978 wurde sie von den Vereinten Nationen als Nichtregierungsorganisation (NGO) mit beratendem Status anerkannt; 1985 wurde ihr derselbe Status auch vom Europarat zuerkannt. Hinzu kam im Jahr 1986 die gleiche Anerkennung durch die UNESCO. Weitere Informationen: www.aidlr.org

USA: Siebenten-Tags-Adventist hingerichtet

Donnie Edward Johnson
© Foto: Tennessee Department of Correction

Nashville, Tennessee/USA/APD Am Donnerstagabend, den 16. Mai wurde der 68-jährige Häftling Donnie Edward Johnson im US-Bundesstaat Tennessee hingerichtet. Er war bereits 1984 wegen Mordes an seiner Frau zum Tode verurteilt worden. Das Gnadengesuch des späteren Mitglieds der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten war zuvor von Gouverneur Bill Lee abgelehnt worden, berichtet die australische Kirchenzeitschrift *Adventist Record* (AR).

Johnson saß seit mehr als 30 Jahren im Todestrakt. Im Jahr 2018 stellte Johnson ein Gnadengesuch an den Gouverneur von Tennessee, Bill Lee, der sich während seiner Wahlkampagne als bekennender Christ gezeigt hatte, so AR. Auch andere christliche Leitungspersonen, darunter der Weltkirchenleiter der Siebten-Tags-Adventisten, Ted Wilson, sprachen sich für eine Aussetzung der Todesstrafe bei Donnie Johnson aus. Selbst Johnsons Stieftochter Cynthia Vaughn unterstütze sein Gnadengesuch. Das Gesuch wurde jedoch abgelehnt. Nach einer gründlichen Überprüfung des Falles bestätige er das Urteil des Staates Tennessee und werde nicht eingreifen, so der Republikaner Lee.

Gnadengesuch aufgrund von Gesinnungswandel

Das Gnadengesuch von Johnson unterscheide sich von den drei anderen seit 2018 eingereichten Petitionen dadurch, dass sich die Argumentation auf religiöse Themen konzentriere, nicht auf rechtliche Argumente oder Einzelheiten der Straftat, so AR. 1990 hatte Johnson durch Mithäftlinge den adventistischen Glauben kennen gelernt und selbst angenommen. Seitdem war er Mitglied einer Kirchengemeinde der Siebenten-Tags-Adventisten und wurde 2008 sogar zum Ältesten eingesegnet. Er unterstützte seine Mitgefangenen in der Riverbend Maximum Security Institution, indem er Bibelstudien anbot und eine Radiosendung namens „What the Bible Says“ gestaltete.

Donnie Johnsons letzter Wille

„Wenn ich am 16. Mai sterben soll, vertraue ich darauf, dass etwas Gutes daraus wird“, sagte Johnson vor der Urteilsvollstreckung. „Ich akzeptiere alles, was der Herr zulässt, sogar meinen Tod. Wenn meine Arbeit getan ist, dann bin ich zufrieden.“ Er habe bis kurz vor seinem Tod christliche Lieder gesungen und gebetet, berichtet das Göttinger Tageblatt. Johnson habe auf seine Henkersmahlzeit verzichtet und sich stattdessen eine Essensausgabe an einen Obdachlosen gewünscht.

Christen vereint im Gebet

30 Tage Gebet für die islamische Welt

Symbolbild
© Foto: Reingard Schwenger/churchphoto.de

Zürich/Schweiz/APD Zum Fastenmonat Ramadan startete auch in diesem Jahr wieder die weltweite Initiative „30 Tage Gebet für die islamische Welt". Mit der deutschsprachigen Ausgabe eines Gebetshefts luden die Evangelischen Allianzen in Deutschland, Österreich und der Schweiz dazu ein, anhand von Beiträgen aus verschiedenen Ecken der Welt konkret für die vielen muslimischen Menschen und Volksgruppen zu beten.

„Der ‚Islam' ist in unseren Breitengraden für viele Menschen ein negativ besetzter Begriff", schreibt die *Schweizerische Evangelische Allianz* (SEA) in einer Medienmitteilung. Dabei gehe aber schnell vergessen, welche Vielfalt unterschiedlicher Ausprägungen den Islam weltweit ausmache und wie vielen Muslimen mit einer pauschalen Verurteilung Unrecht getan werde, so die SEA.

Die Initiative „30 Tage Gebet für die islamische Welt" wollte die Vielfalt des Islam während des diesjährigen muslimischen Fastenmonats Ramadan vom 6. Mai bis 4. Juni besonders hervorheben. Ein Gebetsheft zeigt in Wort und Bild, wie verschiedene muslimische Volksgruppen rund um den Globus Gastfreundschaft – ein zentraler Teil der islamischen Kultur – leben. Die diversen Beschreibungen von Gastfreundschaft und Großzügigkeit sollten Christinnen und Christen inspirieren, in einer entsprechenden Art und Weise zu beten.

Internationale Initiative

„30 Tage Gebet für die islamische Welt" ist eine internationale Initiative, die seit über 25 Jahren jedes Jahr zahlreiche Christen weltweit im Gebet vereint. Es ist ihr Anliegen, dass in der muslimischen Welt der Friede Jesu sichtbar werden kann. Weitere Informationen: www.30tagegebet.de

Schweiz: Symposium zu Kinderrechten und Religionsmündigkeit

Logo des Symposiums
© Foto: Herbert Bodenmann/APD Schweiz

Genf/Schweiz/APD Vom 2. bis 3. Mai veranstaltete das Interfakultäre Zentrum für Kinderrechte der Universität Genf das „X. Internationale Symposium Kinderrechte und religiöse Überzeugungen: Autonomie, Erziehung, Tradition". Mit dem Symposium wollten die Veranstalter Fachleute verschiedener Hochschul- und Berufskreise über das Recht der Kinder auf Religionsfreiheit informieren und unter anderem für Situationen sensibilisieren, wenn es zu Spannungen zwischen dem Recht der Eltern auf religiöse Erziehung und dem Recht des Kindes auf Religionsfreiheit kommt.

„Die Religionslandschaft in der Schweiz verändert sich", betonten die Veranstalter. Glaubensgemeinschaften wie die römisch-katholische und die evangelisch-reformierte Kirche würden kleiner, während die islamischen oder freikirchlich-christlichen Glaubensgemeinschaften sowie die Zahl der konfessionslosen Personen wachsen würden. Das in Artikel 14 der UN-Kinderrechtskonvention verankerte Recht des Kindes auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit sei in einer Reihe von Gesetzen festgeschrieben, die zugunsten der Kinder gesamthaft angewandt werden müssten, hieß es in der Ausschreibung zum Symposium.

Recht der Eltern auf religiöse Erziehung – Recht des Kindes auf Religionsfreiheit
Die UN-Kinderrechtskonvention erteile den Eltern oder den rechtlichen Vertretern das Recht und die Pflicht, „die auf den Entwicklungsstand des Kindes abgestimmte religiöse Erziehung zu übernehmen. Der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte achtet die Freiheit der Eltern, die ‚religiöse und sittliche Erziehung ihrer Kinder in Übereinstimmung mit ihren eigenen Überzeugungen sicherzustellen'". M.

Jean-Pierre Rosenczveig, UNICEF-Experte aus Frankreich, führte in seinem Referat „Die Gewissensfreiheit beginnt nicht mit 18 Jahren“ aus, dass diese nicht erst mit der Volljährigkeit gegeben sei.

Religionsmündigkeit

Feste Altersangaben bezüglich der religiösen Selbstbestimmung könnten problematisch sein, sagte Dr. Michael Wiener, Mitarbeiter des UNO-Hochkommissariats für Menschenrechte im Mittleren Osten. Ein flexibler, der Reife eines Kindes entsprechender Zugang, sei besser, so der Experte. „In Deutschland und in Österreich kann ein Kind ab 12 Jahren nicht gegen seinen Willen in einem anderen Bekenntnis als bisher erzogen werden und ab 14 Jahren steht ihm die Entscheidung darüber zu, zu welchem religiösen Bekenntnis es sich halten will. In der Schweiz sind die Eltern für die religiöse Erziehung ihrer Kinder bis zum 16. Altersjahr verantwortlich“, so die Veranstalter des Symposiums.

Spannungsfelder

Zu Spannungen komme es oft an öffentlichen Schulen, wo Glaubenspraktiken von Familien auf andere Ansichten der Gesellschaft treffen. Es würden laut den Veranstaltern Gesuche um Freistellung vom Schwimm- oder Sexualkundeunterricht sowie von religiösen Veranstaltungen gestellt, Anpassungen des Essens in Schulkantinen an religiöse Vorschriften gefordert oder religiöse Symbole beanstandet. Schüler und Studenten der evangelischen Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten beantragten alternative Prüfungsdaten, wenn diese auf einen Samstag (Sabbat), ihren Ruhetag, festgesetzt sind.

Gewalt im Namen der Religion – Gefährdung von Kindern und Jugendlichen

Dr. Michael Wiener verwies in seinem Referat auf die Erklärung von Beirut und ihren 18 Verpflichtungen zu „Glaube für Rechte“ (Faith for Rights). Die Erklärung wurde von Akteuren aus dem religiösen und zivilgesellschaftlichen Bereich an einem vom UNO-Hochkommissariat für Menschenrechte im März 2017 in Beirut veranstalteten Expertentreffen publiziert. Wiener wies vor allem auf Artikel 13 der Erklärung hin, welche die Gefährdung von Kindern und Jugendlichen durch Gewalt im Namen der Religion thematisiert. Religionsgemeinschaften sowie Erziehungsberechtigte werden für die Problematik der Gewalt im Namen der Religion sensibilisiert und aufgefordert mit dem „Phänomen effektiv umzugehen“.

Die Erklärung von Beirut ist im Internet zu finden unter:
https://www.iirf.eu/site/assets/files/116504/f4r.pdf

Präsident der Schweizerischen Bibelgesellschaft tritt zurück

Eva Thomi verabschiedet Reto Mayer (li.)
© Foto: Herbert Bodenmann/APD Schweiz

Basel/Schweiz/APD Reto Mayer, Präsident der *Schweizerischen Bibelgesellschaft* (SB), ist am 21. Mai anlässlich der SB-Mitgliederversammlung in Schaffhausen zurückgetreten. Martin Vogler, SB-Vizepräsident, und Eva Thomi, SB-Geschäftsleiterin, würdigten Mayers langjährigen Einsatz. Reto Mayer, adventistischer Pastor und Finanzfachmann, arbeitet in der europäischen Kirchenleitung der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten für West- und Südeuropa (Intereuropäische Division, EUD) in Bern. Mayer wurde 2003 in den Vorstand der Schweizerischen Bibelgesellschaft gewählt und 2013 zu deren Präsident. Regula Tanner, SB-Vizepräsidentin, übernimmt die Leitung des Vorstandes vorübergehend für ein Jahr.

„Nach 16 Jahren der Mitarbeit im Vorstand wollte ich aufhören", sagte Mayer gegenüber dem Adventistischen Pressedienst, APD Schweiz. Im Jahr 2003 hatte die Schweizerische Bibelgesellschaft eine Anfrage an alle Mitgliedsinstitutionen gerichtet, ob sich jemand zur Mitarbeit im SB-Vorstand zur Verfügung stelle. Dieser Brief gelangte auch zur Schweizer Union der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten, die seit 1994 Mitglied der Schweizerischen Bibelgesellschaft ist. Der adventistische Pastor und Finanzfachmann Reto Mayer reichte daraufhin seinen Lebenslauf ein und wurde 2003 in den Vorstand der Schweizerischen Bibelgesellschaft gewählt.

Der Adventist und die Reformierten

Der Vorstand der Schweizerischen Bibelgesellschaft bestehe vor allem aus Mitgliedern der Reformierten Landeskirche und einem Mitglied der Christkatholischen Kirche (in Deutschland: Alt-Katholische Kirche). Als Mitglied der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten sei er der einzige Vertreter einer Freikirche im Vorstand der Schweizerischen Bibelgesellschaft gewesen. Vor seiner Wahl zum Präsidenten hätten die Vertreter von zwei großen reformierten Kantonalkirchen noch Fragen klären wollen, so Mayer. Seine Antworten hätten die Bedenken offensichtlich ausgeräumt.

„Der Adventist und die Reformierte, das war in unserem Fall eine gelungene Version, sagte Eva Thomi bei der Verabschiedung und dankte Mayer für seinen langjährigen,

engagierten Einsatz. „Ich habe im Vorstand neue Bekannte und Freunde aus einer mir bis anhin ‚anderen Welt' kennen gelernt, was mich sehr bereichert hat. Diese Zusammenarbeit mit Christen anderer Kirchen zur Bibelverbreitung hat meine persönliche Identität als Siebenten-Tags-Adventist gestärkt", berichtete Mayer in einem Resümee. „Wir sind respektvoll miteinander umgegangen", so Mayer, und: „Ich freue mich sehr, dass durch meine Anwesenheit im Vorstand und als Präsident die Leute ein anderes Verständnis von den Adventisten und der Freikirche bekommen haben."

Zusammenarbeit mit nationalen Bibelgesellschaften und dem Weltverband

Als Präsident habe er die Vorstandssitzungen und die Mitgliederversammlungen geleitet und sei im Kontakt mit der Geschäftsleiterin gestanden. Das Ziel der Bibelgesellschaft, die Bibel oder Bibelteile den Menschen in der „Sprache ihres Herzens" zugänglich zu machen, sei ihm ein besonderes Anliegen gewesen. Die Schweizerische Bibelgesellschaft habe deshalb auch die Bibelverbreitungsprojekte des Weltverbandes der Bibelgesellschaften (United Bible Societies, UBS) unterstützt. Aufgrund der drei Hauptsprachen in der Schweiz, habe die SB-Geschäftsleiterin die Zusammenarbeit mit den Bibelgesellschaften in Deutschland, Österreich, Frankreich und Italien gesucht, sagte der scheidende Präsident.

Rückblick und Ausblick

In den Jahren, die er überblicken könne, sei der Verkauf von Bibeln in der Schweiz stark zurückgegangen, so Reto Mayer. Das habe auch mit der Zunahme der sozialen Medien zu tun und dem geänderten Leseverhalten. Dennoch sei es der SB-Geschäftsleiterin nicht nur marketingmäßig darum gegangen, das Produkt „Bibel" zu verkaufen, sondern die Bibel als Wort Gottes bekannt zu machen, was ihn sehr gefreut habe. Die negativen Zahlen hätten den Vorstand stark beschäftigt. Die ergriffenen Maßnahmen hätten aber nur teilweise die gewünschte Wirkung gezeigt.

Die Schweizerische Bibelgesellschaft stehe vor Herausforderungen, da die Spender immer älter würden und es schwierig sei, neue Spender zu finden, berichtete Mayer. Das neue Spendentool ermögliche nun auch online zu spenden. Es gehe aber auch darum, die Bibel als Buch für die neuen Medien tauglich und den Menschen zugänglich zu machen. Wichtig sei vor allem, dass die Bibel weiterhin als Gottes Wort an die Menschen verstanden und gelesen werde.

Die Schweizerische Bibelgesellschaft

Die Schweizerische Bibelgesellschaft unterstützt und fördert nach eigenen Angaben die Übersetzung, Verbreitung und Herstellung von Bibeln, Bibelteilen und biblischer Literatur im In- und Ausland. Sie engagiert sich dafür, die Bibel in verständlichen, modernen und den Bedürfnissen angepassten Formen zu den Menschen zu bringen. Weitere Informationen: www.die-bibel.ch

Asia Bibi in Kanada angekommen

Christin konnte Pakistan nach Freispruch endlich verlassen

Protestaktion „Freiheit für Asia Bibi“
© Foto: HazteOir.org/Wikimedia Commons (CC BY-SA 2.0)

Burgdorf/Schweiz/APD Nach über acht Jahren im Todestrakt eines Gefängnisses konnte Asia Bibi Pakistan endlich verlassen. „Das ist ein großer Tag“, sagte ihr Anwalt Saif Ul Malook. „Asia Bibi ist nun wieder mit ihrer Familie vereint. Der Gerechtigkeit wurde Genüge getan.“ Nach Angaben ihres Anwalts landete die 50-Jährige am Mittwoch, den 8. Mai, in Kanada, wohin ihre Töchter bereits ausgewandert waren. Ihr Mann sei ebenfalls in dem nordamerikanischen Land. Auch ein Mitarbeiter des christlichen Hilfswerks *Open Doors Kanada* bestätigte die Ankunft. Die Christin war 2010 wegen Blasphemie zum Tod verurteilt aber 2018 freigesprochen worden. Sie blieb jedoch bis zuletzt in an einem geheimen Ort im Land versteckt.

Die Zeit seit dem Freispruch sei für Asia Bibi schwierig gewesen. Regelmäßig und diskret habe sie von einem Ort zum anderen gebracht werden müssen, um ihre Sicherheit zu gewährleisten. „Ich bedauere, dass der einzige Weg für Asia Bibi in Frieden zu leben, darin besteht, ihr Land zu verlassen“, sagte Philippe Fonjallaz, Leiter von Open Doors Schweiz. „Dies zeigt, wie weit wir in Pakistan noch gehen müssen, um sicherzustellen, dass religiöse Minderheiten, darunter die vier Millionen Christen des Landes, ihren Glauben wirklich frei leben können, ohne ständig durch das Blasphemiegesetz oder islamistische Extremisten bedroht zu werden.“

Zum Hintergrund

Asia Bibis Albtraum begann im Juni 2009, als sie bei der Erntearbeit in einen Streit mit zwei muslimischen Mitarbeiterinnen geriet. Sie holte Wasser für alle. Die anderen forderten, dass sie zum Islam übertritt, ansonsten würden sie das Wasser nicht trinken können, da es unrein sei, weil sie als Christin aus dem gleichen Gefäß getrunken habe. Asia Bibi wollte nicht konvertieren. Ab da gingen die Aussagen auseinander. Angeblich soll sie gesagt haben, dass Jesus Christus und nicht Mohammed der wahre Prophet Gottes sei. Asia Bibi bestritt diese Aussage.

Wie in vergleichbaren Fällen in Pakistan üblich, habe sich bald ein Mob zusammengerottet, der Asia Bibi zur Rechenschaft ziehen wollte. Die Polizei verhinderte dies und nahm sie in Haft. 2010 wurde sie vor einem untergeordneten

Distriktgericht zum Tode verurteilt. Der Fall ging nur schleppend voran, die Vertagungen reihten sich aneinander. Zwei ranghohe Politiker, die sich für sie einsetzten, wurden ermordet: Am 4. Januar 2011 der Gouverneur Salman Taseer und am 2. März 2011 der Minister für religiöse Minderheiten, Shahbaz Bhatti. Asia Bibis Fall erregte international Aufmerksamkeit. Gegenwärtig wird laut Open Doors geschätzt, dass etwas mehr als 180 Christen wegen angeblicher Blasphemie in den Gefängnissen Pakistans einsitzen.

Christen in der pakistanischen Gesellschaft diskriminiert
Die seit historischer Zeit anwesenden Kirchen genießen eine gewisse Kultusfreiheit. Sie müssen aber gut bewacht werden und leiden unter regelmäßigen Angriffen. Christen werden, so Open Doors, in der Gesellschaft diskriminiert und erhielten oft nur Arbeitsstellen, die als niedrig betrachtet würden. Zudem lebten sie unter ständiger Bedrohung durch das Blasphemiegesetz. Seit 1987 steht auf Gotteslästerung in Pakistan die Todesstrafe. Oft werde der Vorwurf der Blasphemie missbraucht, um unliebsame Personen aus dem Weg zu räumen. In den vergangenen Jahren seien viele Christen aufgrund der Verfolgung nach Sri Lanka und Thailand geflohen.

Laut der Volkszählung von 1998 waren 96,3 Prozent der damals über 130 Millionen Einwohner Pakistans Muslime. Der Zensus 2017 ergab eine Bevölkerung von 207 Millionen.

Adventisten und Katholiken kritisieren US-Antidiskriminierungsgesetz

Symbolbild
© Foto: Sharon McCutcheon/Unsplash

Columbia, Maryland/USA/APD Die am 17. Mai vom US-Repräsentantenhaus verabschiedete Gesetzesvorlage zum Gleichstellungsgesetz (Equality Act, H.R. 5) werfe beunruhigende Fragen zur Religionsfreiheit auf, schrieb die Weltkirchenleitung der Siebenten-Tags-Adventisten zusammen mit der nordamerikanischen Kirchen-

leitung in einer gemeinsamen Stellungnahme. Der Gesetzentwurf, sofern er Gesetz werden sollte, würde den Schutz schwuler, lesbischer sowie von Transgender-Personen über ein breites Spektrum von US-Bürgerrechtsgesetzen ausdehnen. Dazu gehörten Bereiche wie Beschäftigung, Wohnen, öffentliche Unterkünfte und Sozialdienste. Laut *Vatikan News* hat die US-Bischofskonferenz die auch als Antidiskriminierungsgesetz bezeichnete Vorlage ebenfalls kritisiert. Das Gesetz stelle die „Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung und der Geschlechtsidentität unter Strafe".

Die Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten „befürchtet, dass diese Gesetzgebung die Religionsfreiheit der Glaubensgemeinschaften und ihrer Mitglieder weiter untergraben würde". Dieser Gesetzentwurf berücksichtige Glaubensgemeinschaften oder Gläubige, die traditionelle Ansichten über Ehe und Geschlecht vertreten, nicht, heißt es in der Stellungnahme. Laut Vatikan News hätte die neue Gesetzgebung Vorrang vor dem „Religious Freedom Restoration Act", dem 1993 verabschiedeten Gesetz über Religionsfreiheit.

Jeden Menschen mit Würde und Respekt behandeln

Die Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten glaube, dass „jeder Mensch, unabhängig von seinem Glauben oder seiner Lebensweise, nach dem Bild Gottes geschaffen ist und es daher verdient, mit Würde und Respekt behandelt zu werden. Wir sind uns bewusst, dass LGBT-Personen [Lesbisch, Schwul, Bisexuell und Transgender] oft ungerecht diskriminiert werden und rechtlichen Schutz benötigen". Das Gleichstellungsgesetz verletze bei dem Versuch, den einen Schutz zu bieten, unnötig die Rechte anderer, so die adventistischen Kirchenleitungen.

Ein besserer Weg

Ein zukunftsfähiger Weg müsste laut der Stellungnahme die Anliegen sowohl der LGBT-Personen als auch der Religionsgemeinschaften berücksichtigen. „Wir glauben, dass es einen besseren Ansatz gibt, der auf den Schutz der Bürgerrechte im Gleichstellungsgesetz aufbaut und ebenso die Rechte der Glaubenden auf Religionsfreiheit im ersten Verfassungszusatz bekräftigt", so die Kirchenleitungen. Die Kirche der Siebenten-Tags-Adventistengemeinde „bekräftigt ihre biblische Interpretation von Ehe, Geschlecht und unser langjähriges Engagement für die Trennung von Kirche und Staat".

SOZIALES & ENTWICKLUNG

30 Jahre Familienzentrum „Arche Noah" in Penzberg

FAN-Gesamtleiterin Annelies Plep beim Anschnitt der Jubiläumstorte
© Foto: Stephan G. Brass/STA

Penzberg (Oberbayern)/APD Am 19. Mai fand der Festakt zum 30-jährigen Bestehen des adventistischen *Familienzentrums Arche Noah* (FAN) in Penzberg statt. Vertreter aus Politik und Wissenschaft sowie Eltern, Kooperationspartner und Ehemalige waren gekommen. Das FAN versteht sich als professioneller Wegbegleiter für Familien - von der Geburt bis zum Flüggewerden der Kinder. Es verbindet verschiedene Unterstützungsangebote für Familien unter einem Dach.

Zur Begrüßung beim Festakt wies Annelies Plep, Gründerin und Gesamtleiterin der Einrichtung, darauf hin, dass die Grundidee eine ganzheitliche und an christlichen Werten orientierte Erziehung sei, damit die eigenen und andere Kinder gesund an Körper, Seele und Geist aufwüchsen. Diese Vision wurde 1989 zuerst mit zehn Kindern im Alter von 3 bis 6 Jahren im privaten Wohnzimmer realisiert. Gemeinsam mit den Eltern wurde über gute Pädagogik, sinnvolles Spielzeug und naturbezogene Aktivitäten nachgedacht. Immer mehr Eltern wollten mitmachen.

Von der Idee zur Umsetzung

Die Idee zur Gründung eines Kindergartens folgte, wurde aber durch die Skepsis der Behörden und das Fehlen öffentlicher Geldgeber zuerst wieder verworfen. Es blieb bei der Kindergruppe mit regelmäßigen Elternabenden, Vorträgen und Kreativkursen. Eine Tochtergruppe in Benediktbeuern wurde gegründet. Neue Projekte entstanden. 1998 erfolgte die Anerkennung als Familienzentrum vom Sozialministerium. Seither nennt es sich FAN. Vier Jahre später konnte dann doch ein eingruppiger Kindergarten eröffnet werden. Begleitend wurde auch das Konzept zur Eltern-Kind-Begleitung (FenKid) eingeführt. Beratungs- und Therapieangebote durch ausgebildete Therapeuten ergänzten das Angebot. Im Laufe der Jahre entstanden auch Kontakte zur Hochschule in Benediktbeuren, die das Familienzentrum immer wieder begleitet und Studenten zum Semesterpraktikum schickt. Acht Bachelorarbeiten wurden so schon über das FAN verfasst.

Weitere Projekte
Eine weitere Initiative ist das Schülerprojekt „Pack's an!" Es will Schülern in Schulschwierigkeiten helfen und wird von der Diplom-Pädagogin und Mediatorin Petra Zott-Endres geleitet. Von ihr und Melinda Veres wurde auch das Berufsorientierungsprojekt PASSGENAU ins Leben gerufen. Es will helfen, den Weg durch den Dschungel der Berufsorientierung zu gehen. Mit dazu gehören Berufscafé, Biografiewerkstatt, Online-Sprechstunde, Beratungs- und Coachtermine und eine Reihe von Workshops, in denen Jugendliche ihre Stärken herausfinden können.

Festakt 30 Jahre FAN
In zwei Gesprächsrunden - locker und kompetent durch Prof. Egon Endres moderiert - betonten einmal Pädagogen, Eltern und Ehemalige und später Landes- und Lokalpolitiker den Wert und die Bedeutung des Familienzentrums. Ebenso das unermüdliche und ehrenamtliche Engagement der Gründerin und Leiterin Annelies Plep mit ihrem Team. Es wurde aber auch deutlich, dass „für ein solch breit aufgestelltes und vielfältigen Bedürfnissen angepasstes Programm eine Regelfinanzierung geboten wäre", so Lothar Scheel, geschäftsführender Vorsitzender des Trägervereins AWW. Immer noch sei das Familienzentrum teilweise auf Spenden angewiesen. Der Festakt wurde von der christlichen Popsängerin und Heilerziehungspflegerin Gloria Gabriel musikalisch umrahmt.

Das Familienzentrum heute
Mit 23 festen Mitarbeiterinnen, zwei Kindergartengruppen, dreizehn verschiedenen Angeboten in den Bereichen Bildung, Erziehung, Betreuung, Beratung, Therapie, kreativen Angeboten und als „Sozialer Treffpunkt" ist das Familienzentrum Arche Noah eine feste Größe in der Stadt Penzberg. Es wird vom Advent-Wohlfahrtswerk (AWW), dem Sozialwerk der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten, getragen. Auch das tägliche vegetarische Mittagessen, das gemeinsam mit den Kindern zubereitet wird, gehört mit zum Konzept. Weitere Informationen: www.familienzentrum-arche-noah.de

ADRA: kleine Spenden mit großer Wirkung

Zugang zu sauberem Trinkwasser
© Foto: ADRA Österreich

Wien/Österreich/APD Dass auch kleine Spenden viel bewirken können, macht die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe *ADRA Österreich* an drei Beispielen nach Verwüstung durch Wirbelstürme deutlich. Bereits mit 27 Euro könne laut *ADRA* zwei in Not geratenen Personen geholfen werden.

Nothilfe nach Zyklon „Idai"
Im März 2019 wütete der Zyklon „Idai" in Malawi, Mosambik und Simbabwe. Im Osten von Simbabwe wurden über 340 Tote gemeldet. Besonders betroffen war die zeitweise von der Hilfe abgeschnittene Region Chimanimani. Dank der Spendengelder aus Österreich reparierten ADRA-Mitarbeiter dort wichtige Wasserleitungen, sodass 1.500 Haushalte wieder Zugang zu sicherem Trinkwasser erhielten. Wasserstellen für die Familien wurden wieder aufgebaut und große Wassertanks bereitgestellt. Zudem erhielten Familien Wasserkanister, Hygienepakete und Tabletten zur Desinfektion von Wasser. Auch Unterweisungen in Hygiene wurden durchgeführt.

Darüber hinaus konnten dank der Spenden Kinder auf Mangelernährung hin untersucht werden. Diese droht, da Nahrungsmittelvorräte in vielen Familien knapp sind. 3.300 Kleinkinder erhielten stärkende Aufbaunahrung, und auch schwangere und stillende Mütter sowie von HIV oder Tuberkulose betroffene Menschen wurden berücksichtigt. Gemeinsam mit freiwilligen Helfern aus den Adventgemeinden erhielten Dorfgemeinschaften Hilfe beim Aufräumen des Gerölls nach den Überschwemmungen. Ausgebildete Seelsorger leisteten psychosoziale Betreuung.

Mosambik – Wiederaufbau nach Zyklon „Idai"
In Mosambik ermöglichten Spenden aus Österreich ein ADRA-Projekt, das Familien hilft wieder Nahrungsmittel anbauen zu können. Die Überschwemmungen haben viel Farmland zerstört. Ein zweites Ziel ist die Sicherheit des Trinkwassers, da sich nach den Überschwemmungen die Cholera rasant ausbreitete. Gerade in den Dörfern ist sauberes Trinkwasser ein Problem.

2.000 Haushalte erhielten Saatgut und Werkzeuge, um ihre Felder wieder zu bebauen. Parallel dazu gab es für die Familien Ausbildung in verbesserten Anbaumethoden und in der Kleintierhaltung. Die Haushalte erhielten Zugang zu sicherem Wasser für das Trinken, Kochen und zur Hygiene. Die Menschen wurden auch über die Risiken von Krankheiten informiert und erhielten die Mittel, um sich vor diesen zu schützen.

Indien – Nothilfe nach Zyklon „Fani"
Anfang Mai 2019 hat ein schwerer Zyklon die indische Ostküste getroffen und ist weiter nach Bangladesch gezogen. Obwohl dank gutem Katastrophenschutz nur wenige Menschen ums Leben kamen, haben viele ihre Häuser verloren. Felder und Plantagen sind zerstört, die ihnen ein Einkommen boten.

Dank der Spenden kann ADRA Österreich auch dort die Nothilfe unterstützen. ADRA Indien plane Materialsets, wie große Plastikplanen, zu verteilen, um besonders bedürftigen Familien zu helfen, ihre Häuser oder Hütten zu reparieren. ADRA Österreich hat dafür 15.000 US-Dollar Spendengelder zugesagt. Weitere Hilfsmaßnahmen seien ebenfalls in Planung.

ADRAshop in Diepholz eröffnet

ADRAshop light in Diepholz
© Foto: Tihomir Lipohar/ADRA Deutschland

Weiterstadt (bei Darmstadt)/APD Die Adventistische Entwicklung- und Katastrophenhilfe *ADRA Deutschland* hat am 26. Mai den ersten ADRAshop Light in Diepholz in Niedersachsen eröffnet. Weitere ADRAshops gibt es in Bergisch Gladbach, Köthen, Lüdenscheid, Nürnberg, Stendal und Weiterstadt.

Das ADRAshop Light-Konzept ist speziell für kleinere, ehrenamtliche Initiativgruppen von vier bis sechs Mitarbeitern gedacht. Es werden hierbei, wie in den anderen ADRAshops, gespendete, gut erhaltene Gebrauchtwaren zum Kauf angeboten und zusätzlich ein Onlinehandel für Bücher betrieben. Die erwirtschafteten Gewinne fließen in soziale Projekte vor Ort sowie in die Katastrophenhilfe und Entwicklungszusammenarbeit von ADRA, so Fanny Weller, Koordinatorin der ADRA-Shops Deutschland.

Die ADRAshops würden überwiegend durch ehrenamtliche Helferinnen und Helfer betrieben. „Wir erfahren viel Zuspruch für unsere Freiwilligenarbeit in den ADRAshops. Weitere ehrenamtliche Gruppen sind bereits interessiert. Die ADRA gGmbH managt im Hintergrund die administrativen Abläufe, damit sich die Ehrenamtlichen um Spendenakquise und Verkauf kümmern können“, sagte Fanny Weller. Die Shops stünden allen Menschen offen, unabhängig von Herkunft oder sozialer Stellung.

Weitere ADRA-Shops gibt es in Bergisch Gladbach, Köthen, Lüdenscheid, Nürnberg, Stendal und Weiterstadt bei Darmstadt. Informationen unter: www.adrashop.de

ADRA
ADRA (Adventist Development and Relief Agency) ist eine internationale Nichtregierungs-Organisation. ADRA Deutschland wurde 1987 von der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland gegründet und gehört zu einem weltweiten Netzwerk mit über 130 nationalen ADRA-Büros.

KULTUR

Ken Weslake beim Vortrag
© Foto: Claudia Mohr/APD

„Glauben und Lehren"

2. Bildungskongress der Siebenten-Tags-Adventisten in Darmstadt

Darmstadt/APD Vom 30. Mai bis zum 2. Juni nahmen mehr als 100 Lehrende aus Deutschland, Österreich und der Schweiz am zweiten adventistischen Bildungskongress auf dem Campus des Schulzentrums Marienhöhe der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Darmstadt teil. Die Veranstaltung stand unter dem Motto „Glauben und Lehren" und wurde vom Verbund adventistischer Schulen in Deutschland (VaSiD) durchgeführt.

Neben Grundsatzreferaten von Pastor Ken Weslake, ehemaliger Abteilungsleiter für Erziehung und Bildung der teilkontinentalen adventistischen Kirchenleitung im Süd-Pazifik-Raum, wurden über zehn Workshops zum Kongress-Thema angeboten. In ihnen gimg es unter anderem um: „Glauben und Lehren in der Grundschule", „Ehevorbereitung fängt früher an – Bildungspolitische Auseinandersetzungen mit dem Thema Partnerschaft und Familie in der Schule", „Glaube – Fiktion – Literatur", „Wertevermittlung im Mathematikunterricht" oder „Evolution und Schöpfung – Konflikte, Chancen und Anregungen". Kulturell wurde der Kongress durch Musikbeiträge der Teilnehmenden und einen abendlichen Auftritt der spanischen Mimen Carlos Martinez bereichert.

Persönlichkeit und persönlicher Glaube

„Wir sind ganz nah an der Persönlichkeit des Lehrers dran", so Heinz Schlumpberger, Abteilungsleiter für Bildung und Erziehung der überregionalen adventistischen Kirchenleitung in Süddeutschland, bei der Übermittlung des Grußwortes an die Teilnehmer. Er wies damit auf das Kongressthema „Glauben und Lehren" hin und betonte die enge Verbindung dieser zwei Komponenten. „Wir spannen in diesem

Kongress einen großen und anspruchsvollen Bogen“, führte Schlumpberger aus, denn es stelle sich grundsätzlich die Frage, wie persönlicher Glaube und die neutrale Haltung, die der Staat fordere, verbunden werden könne. Er dankte der teilkontinentalen Kirchenleitung der Siebenten-Tags-Adventisten in West- und Südeuropa, die durch ihren Abteilungsleiter für Bildung und Erziehung, Marius Munteanu, vertreten wurde, für ihre Schirmherrschaft.

„Weil wir Bildung können“

An das Ziel des Kongresses, nämlich der Bildung und Erziehung innerhalb der adventistischen Bildungslandschaft neue Impulse zu geben, erinnerte Pastor Johannes Naether, Präsident der Adventisten in Nord- und Ostdeutschland, in seinem Grußwort. Als Vertreter der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten betonte er die Wichtigkeit von Bildung für die Freikirche in Deutschland. Er beantwortete die Frage nach dem Sinn eines Bildungskongresses mit einem klaren: „Weil wir Bildung können!“. Mit Blick auf das Motto führte Naether aus: „Wir sind ein kirchlicher Bildungsträger, das heißt, das Thema Glaube steht immer irgendwie im Raum“. Glaube wirke sich auf die Gesamtpersönlichkeit des Lehrenden aus. Naether schloss mit dem Appell: „Wir sind Lehrer, aber wir sind auch Lernende“.

Gestaltungshilfe für den adventistischen Gottesdienst zum Weltflüchtlingstag

Symbolbild
© Foto: kai kalhh/Pixabay

Berlin/APD Anlässlich des Weltflüchtlingstags, der jährlich am 20. Juni begangen wird, hat die Generalkonferenz (Weltkirchenleitung) der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten den adventistischen Gottesdienst am 15. Juni zum „Flüchtlingssabbat“ erklärt. Angesichts von derzeit knapp 70 Millionen Migranten und Flüchtlingen weltweit sind die örtlichen Adventgemeinden in aller Welt dazu eingeladen, diesen Tag in besonderer Weise Menschen zu widmen, die vor Krieg, Terror, Verfolgung und Armut fliehen und in der Fremde Heimat suchen. Für diesen besonderen Gottesdienst hat in

Deutschland das adventistische Aktionsbündnis *Gemeinsam für Flüchtlinge* eine Gestaltungshilfe erstellt.

Der Weltflüchtlingstag ist ein von den Vereinten Nationen eingerichteter Aktionstag, der seit 2001 am 20. Juni stattfindet. 2016 beschloss die Generalkonferenz ihren Gemeinden weltweit zu empfehlen in einem besonderen Gottesdienst am Sabbat/Samstag vor dem 20. Juni bewusst zu machen, dass Millionen Menschen auf der Flucht sind. „Als Adventisten sollten wir uns dieser Herausforderung stellen und uns im Klaren werden, welche christliche Antwort und Haltung wir gegenüber diesen Menschen haben“, so die Weltkirchenleitung.

Gemeinsam für Flüchtlinge

Das Aktionsbündnis „Gemeinsam für Flüchtlinge“ wurde 2015 gegründet und vereint vier Partner, die institutionsübergreifend zusammenarbeiten: die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland, die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Deutschland, das Advent-Wohlfahrtswerk (AWW) und die adventistische Theologische Hochschule Friedensau bei Magdeburg. Sie bündeln die jeweiligen Kompetenzen und Ressourcen mit dem Ziel, Adventgemeinden und AWW-Helferkreise in ihrem ehrenamtlichen Engagement für geflüchtete Menschen und deren Integration in die Gesellschaft zu begleiten und zu unterstützen.

Das Aktionsbündnis unterstützt und fördert ehrenamtliche Projektarbeit zur Integration von politisch Verfolgten und Kriegsflüchtlingen. Informationen und Arbeitshilfen sind auf der Internetseite www.gemeinsamfürflüchtlinge.de zu finden. Die Freikirche in Deutschland hat zudem unter dem Titel „Flucht, Migration und christlicher Dienst“ eine theologische Handreichung herausgegeben, die Impulse zur ethischen Orientierung bietet.

Flüchtlingshilfe in Europa

Die Freikirchenleitung stellt Vorschläge zur Gottesdienstgestaltung sowie einen Predigtentwurf zur Verfügung, um zu Begegnungen mit Flüchtlingen zu ermutigen. Als Baustein für den Gottesdienst gibt es auch zwei Videoclips mit konkreten Flüchtlingsprojekten zum Download. Das Hilfswerk ADRA strahlt am 15. Juni über Hope Channel TV um 15:00 Uhr eine zweistündige Video-Dokumentation zur Flüchtlingshilfe in Europa aus.

Die genannten Materialien sind verfügbar unter: http://bit.ly/Weltfluechtlingstag2019

MEDIEN

„Einsatz leben“: neue Serie auf Hope Channel TV

Ärzte im Einsatz
© Foto: Loma Linda University Medical Center

Alsbach-Hähnlein (bei Darmstadt)/APD Am 3. Juni wurde die erste Folge der neuen TV-Serie „Einsatz leben“ auf dem adventistischen Fernsehsender *Hope Channel Deutsch* ausgestrahlt. In der Sendereihe geht es um bewegende Lebensgeschichten. Weitere Episoden laufen wöchentlich montags um 20:15 Uhr.

Einen guten Arzt zu finden ist nicht leicht, berichtet das Medienzentrum Stimme der Hoffnung. Einen Arzt, der sich Zeit nimmt, den Menschen sieht und zuhört, für den der Patient nicht nur eine Nummer in einer Akte ist. In der neuen Sendereihe „Einsatz leben“ geht es um bewegende Lebensgeschichten von Menschen, die an ihrem Schicksal und an ihrer Erkrankung teilhaben lassen. Und es geht um Ärzte, die diese Patienten begleiten, die ihren Einsatz als Ärzte leben und dafür bis an ihre Grenzen gehen. Gedreht wurde die Serie im adventistischen Krankenhaus Loma Linda University Medical Center in Kalifornien/USA.

Hope Channel Deutsch
Hope Channel ist ein TV-Sender der evangelischen Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten. Er wird vom Medienzentrum Stimme der Hoffnung e. V. mit Sitz in Alsbach-Hähnlein betrieben. Der Sender gehört zur internationalen Senderfamilie Hope Channel, die 2003 in den USA gegründet wurde und aus mittlerweile 52 nationalen Sendern besteht. Die Sendungen von Hope Channel TV Deutsch sind zu empfangen über den Satelliten ASTRA, Kabel Unitymedia sowie einige regionale Kabelnetze und im Internet. Weitere Informationen: www.hope-channel.de

Erneut über 38 Millionen Bibeln verbreitet

Weltverband der Bibelgesellschaften legt Statistik für 2018 vor

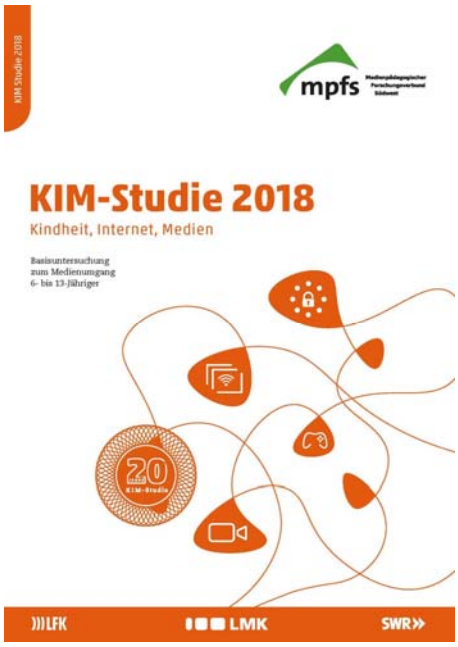
Aktion „Eine Million Bibeln für Kuba“
© Foto: Hans Sagrusten/United Bible Societies

Stuttgart/APD Zum zweiten Mal in Folge hat der Weltverband der Bibelgesellschaften (*United Bible Societies*, UBS) in einem Jahr mehr als 38 Millionen gedruckte und digitale Bibeln verbreitet. Wie die *Deutsche Bibelgesellschaft* berichtet, geht die Statistik aus dem „Global Scripture Distribution Report 2018“ hervor. Insgesamt haben die Bibelgesellschaften im vergangenen Jahr 354 Millionen Bibeln, Neue Testamente, Evangelien und biblische Schriften wie zum Beispiel Leselernhefte verbreitet.

Bibeln für Kinder
Erstmals sind Kinderbibeln in der Statistik separat erfasst. Im vergangenen Jahr wurden mehr als 1,5 Millionen Kinderbibeln verbreitet. „Dies zeigt, dass die Weitergabe des Wortes Gottes an die nächste Generation für viele Bibelgesellschaften eine Priorität darstellt“, heißt es im Report. Brasilien ist die Nummer eins mit rund einer halben Million produzierter Kinderbibeln. An zweiter Stelle steht Deutschland mit mehr als 150.000 Exemplaren. Der Generalsekretär der Deutschen Bibelgesellschaft, Dr. Christoph Rösel, betont, wie wichtig es sei, verschiedene Ausgaben für alle Altersgruppen zu veröffentlichen.

Fünf Länder Spitzenreiter
Fünf Länder haben 2018 nahezu die Hälfte der weltweit verkauften und verteilten Bibeln vertrieben. Dabei handelt es sich um Brasilien, die USA, China, Indien und Nigeria. Die Brasilianische Bibelgesellschaft führt mit rund 8,6 Millionen Bibeln (2017: 5,27 Millionen) die Statistik erneut an. Bei den bevorzugten Sprachen steht Spanisch mit 7,2 Millionen Bibeln an der Spitze vor Portugiesisch, Englisch, Chinesisch und Französisch. Insgesamt kann die vollständige Bibel in 692 Sprachen gelesen werden.

Global Scripture Distribution Report
Der „Global Scripture Distribution Report“ berücksichtigt ausschließlich die Zahlen von Verlagen und Organisationen, die dem Weltverband angehören. Der Weltverband der Bibelgesellschaften ist der internationale Zusammenschluss von 148 nationalen Bibelgesellschaften, zu denen auch die Deutsche Bibelgesellschaft gehört. Die Bibelgesellschaften sind in mehr als 200 Ländern aktiv. In Deutschland sammelt die Weltbibelhilfe Spenden für diese internationale Arbeit.



KIM-Studie: Jedes dritte Kind nutzt täglich WhatsApp

KIM-Studie 2018
© Cover: Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest

Stuttgart/APD Fast alle Kinder (98 %) haben laut der KIM-Studie 2018 (Kindheit, Internet, Medien) des *Medienpädagogischen Forschungsverbundes Südwest* potentiell die Möglichkeit, zuhause das Internet zu nutzen. Gut zwei Drittel aller Sechs- bis 13-Jährigen zählen nach eigenen Angaben zu den Internetnutzern. Bei den Sechs- bis Siebenjährigen nutzt gut ein Drittel zumindest selten das Internet, im Alter von acht bis neun Jahren sind knapp drei von fünf Kindern online. Mit zehn bis elf Jahren zählen vier von fünf Kindern zu den Internetnutzern und bei den Zwölf- bis 13-Jährigen nehmen mit 94 Prozent fast alle Kinder Online-Dienste in Anspruch.

Bei der Betrachtung der regelmäßigen, mindestens einmal pro Woche ausgeübten Tätigkeiten im Internet sind die Recherche über Suchmaschinen (65 Prozent), das Verschicken von WhatsApp-Nachrichten (62 Prozent) und YouTube-Videos (56 Prozent) die meistgenannten Beschäftigungen der Internetnutzer. Ein knappes Drittel hört über das Internet regelmäßig Musik. Im Laufe einer Woche nutzt jeweils jeder Vierte Facebook oder Wikipedia beziehungsweise verschickt E-Mails. Ein Fünftel (21 Prozent) ist mindestens wöchentlicher Snapchat-Nutzer, 17 Prozent nutzen regelmäßig Instagram. Fernsehsendungen werden von 16 Prozent über das Internet angesehen, zwölf Prozent nutzen Musical.ly (jetzt TikTok). Die Nutzung von Social Media-Angeboten ist vor allem für ältere Kinder relevant. Eine zentrale Bedeutung im Alltag nimmt WhatsApp ein. Das betrifft vor allem Kinder ab zehn Jahren. Hier nutzen 73 Prozent der Zehn- bis Elfjährigen und 83 Prozent der zwölf- bis 13-jährigen Internetnutzer täglich WhatsApp (6-7 Jahre: 17 Prozent, 8-9 Jahre: 36 Prozent). Insgesamt betrachtet, bezogen auf alle befragten Kinder, gibt damit jedes dritte Kind an, diesen Messenger jeden oder fast jeden Tag zu nutzen.

Digitale Geräte in der Schule

Auch in der Schule kommen digitale Geräte zum Einsatz, allerdings noch sehr punktuell. Etwa jeder dritte Schüler verwendet im Unterricht zumindest einmal pro Woche einen klassischen Computer (31 Prozent). Mobile Geräte wie ein Handy oder Smartphone (16 Prozent) sowie Notebooks oder Laptops (15 Prozent) werden noch seltener eingesetzt. Bei jedem zehnten Schüler (11 Prozent) kommt zumindest einmal pro Woche ein Whiteboard zum Einsatz. Auch sind derzeit Tabletklassen noch die Ausnahme. Nach Angaben der befragten Schulkinder werden im Laufe einer Woche

Tablets nur bei acht Prozent der Schüler im Unterricht verwendet.

Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest
Der Medienpädagogische Forschungsverbund Südwest ist eine Kooperation der Landesanstalt für Kommunikation Baden-Württemberg (LFK) und der Landeszentrale für Medien und Kommunikation Rheinland-Pfalz (LMK). Die Studienreihe KIM (Kindheit, Internet, Medien) wird vom Medienpädagogischen Forschungsverbund Südwest seit 1999 in Zusammenarbeit mit dem Südwestrundfunk durchgeführt. Die repräsentative Studie bildet das Medienverhalten der Sechs- bis 13-Jährigen in Deutschland ab. Für die KIM-Studie 2018 wurden rund 1.200 Kinder und deren Haupterzieher im Frühsommer 2018 zu ihrem Mediennutzungsverhalten befragt.

Die KIM-Studie 2018 kann als PDF-Datei heruntergeladen werden unter:
https://www.mpfs.de/fileadmin/files/Studien/KIM/2018/KIM-Studie_2018_web.pdf

REZENSION

Klaus-Rüdiger Mai, *Geht der Kirche der Glaube aus? Eine Streitschrift*

Leipzig: Evangelische Verlagsanstalt 2018, 192 Seiten, broschiert, 15,00 EUR, ISBN 978-3-374-05305-6

Geht der Kirche der Glaube aus?
Diese provokative Frage stellt der Schriftsteller Dr. Klaus-Rüdiger Mai in seinem neusten Buch. In acht Kapiteln widmet sich der Historiker verschiedenen Themen rund um die Kirche. Glaube, Kirche und Mission stehen dabei im Hauptfokus. Mai schreibt als lutherischer Christ und engagiertes Kirchenmitglied, das betroffen ist von den sich mehrenden Austritten sowie der Kraftlosigkeit seiner Kirche. Er kommt zu dem Schluss: Im heutigen Deutschland ist es schlecht bestellt um die evangelische Kirche. Dabei bleibt der Autor nicht abstrakt, sondern wird mitunter sehr konkret in seiner Kritik. Er spart nicht mit Zitaten und Beispielen aus dem aktuellen Kirchenalltag.

Mai schreibt sachlich und doch leidenschaftlich. Er möchte einen Disput über den Zustand der Kirche eröffnen und dazu auffordern, sich als freier Bürger daran zu beteiligen, statt heimlich zu leiden. Es werden politische Geschehnisse, die momentane Weltlage und aktuelle Kirchenpolitik anschaulich verbunden. Unerschrocken spricht er dabei umstrittene Themen an, wie das „Scheitern des Multikulturalismus“ (S. 30), den „Rückzug des Rechtsstaates“ (S. 30), „Kontrollverlust“ (S.30), „Neofeudalisierung“ (S.101) sowie die „Modernisierung Deutschlands“ (s. 139).

Politische Kirche

Mais Postulat: Die Theologie wird weltlich und ersetzt ihre eschatologische Perspektive durch Parteipolitik. Der Kirchentag avanciert in Folge dessen zum rot-grünen Parteitag. So verliert die Kirche aber ihre politischen Möglichkeiten, und die Nähe zur Politik schafft Raum für pagane Ersatzreligionen. Als Historiker sieht Mai, dass die Kirche immer dann, wenn sie der politischen Versuchung erlag, auf Abwege geriet. Er verdeutlicht dies mit Beispielen aus der Geschichte.

Ziel des Autors ist es „der Tendenz zur Selbstvergottung des Menschen und der damit einhergehenden Gefahr der Selbstsäkularisierung der Kirche zu wehren“ (S.10). Mai ist überzeugt: Echter Glaube darf nicht verwechselt werden mit ideologischer Gesinnung, ethischer Haltung, Seelenwellness und Wohlfühlprotestantismus. Glaube darf nicht weichgespült werden durch Anspruchslosigkeit. Glaube kann nicht durch Ideologie ersetzt werden, und Kirche ist keine moderne Moralanstalt. Die Rettung der Kirche liegt auch nicht in der Nähe zum Kanzleramt.

Prophetische Kirche

Stattdessen soll Kirche wieder die Aufgabe des Propheten wahrnehmen und nicht des Propagandisten. Prophetisches Reden erfolge immer exklusiv, niemals inklusiv. Der Prophet wiederspreche den Eliten und macht sich nicht zu dessen Diener, wie der Propagandist. Kirche muss daher parteilos bleiben und darf nicht selbst zum Establishment gehören (wollen).

Mit Vollmacht streitet der Autor für die Zukunft der Kirche. Seine Lösung: „Die evangelischen Kirchen müssen zum Glauben auf der Grundlage des Evangeliums und ihrer Bekenntnisse zurückfinden“ (S.14). Weg von der Macht, Distanz zu den Eliten, hin zum Evangelium und zu Paulus! So könne die Kirche wieder Halt und Orientierung geben. Zum Schluss wird Mai selbst zum Prophet, indem er voraussagt: „Die Stunde der Kirchen wird anbrechen“ (S. 147). Der geneigte Leser wird diese Hoffnung sicherlich teilen.

Claudia Mohr

IMPRESSUM

Die Nachrichtenagentur APD (Adventistischer Pressedienst) ist eine Einrichtung der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland, Körperschaft des öffentlichen Rechts.

Herausgeber:	Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland, Sandwiesenstraße 35, 64665 Alsbach-Hähnlein
Redaktion:	APD-Zentralredaktion Deutschland Postfach 4260, 73745 Ostfildern Senefelderstraße 15, 73760 Ostfildern Telefon 0711-44819-14, Telefax 0711-44819-60, E-Mail: info@apd.info Jens-Oliver Mohr (verantwortlich), Holger Teubert (stellvertretend) Claudia Mohr, Stephan Brass
Erscheinungsweise:	monatlich
Redaktionelle Zusammenarbeit:	APD Schweiz, Redaktion, Postfach, CH - 4020 Basel Telefon +41-79-225 95 11 E-Mail: APD-CH@apd.info Herbert Bodenmann (verantwortlich) Adventist News Network (ANN), 12501 Old Columbia Pike, Silver Spring, Maryland 20904-6600, USA Telefon +1-301-680-6306, Telefax +1-301-680-6312 E-Mail: costaw@gc.adventist.org Williams S. Costa Jr. (verantwortlich) „Adventisten heute", Pulverweg 6, 21337 Lüneburg Telefon 04131-9835-521, Telefax 04131-9835-502 E-Mail: info@advent-verlag.de, Internet: www.advent-verlag.de Thomas Lobitz (verantwortlich)
APD-INFORMATIONEN online:	www.apd.info
Facebook:	APD - Adventistischer Pressedienst Deutschland
Twitter:	@apd_info

Kostenlose Textnutzung nur unter der Bedingung der eindeutigen Quellenangabe „APD". Das Copyright an den Agenturtexten verbleibt auch nach ihrer Veröffentlichung bei der Nachrichtenagentur APD.

APD ist die rechtlich geschützte Abkürzung des Adventistischen Pressedienstes.

Die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten ging aus der Erweckungsbewegung des 19. Jahrhunderts hervor. Gegenwärtig zählt sie über 20 Millionen erwachsene Mitglieder und mehr als 25 Millionen Gottesdienstbesucher in 210 Ländern der Erde. In Deutschland sind knapp 35.000 Mitglieder in 555 Gemeinden organisiert. Ihre einzige Glaubensgrundlage ist die Bibel.